

Protokoll

zur Sitzung des Rates der Stadt Barsinghausen
Sitzungs-Nr: XVII/07 Rat
Sitzungstermin: am Donnerstag, dem 20.09.2012, 18:10 Uhr bis 19:47 Uhr
Sitzungsort: Aula der Goetheschule - KGS Barsinghausen, Goethestraße 29

Anwesend sind:

Mitglieder CDU-Fraktion

- | | | | |
|-----|----------|-------------------------|--------------|
| 1. | Ratsfrau | Becker, Ingeborg | |
| 2. | Ratsfrau | Bischoff, Lilli | |
| 3. | Ratsherr | Bohrßen, Bernd-Konrad | |
| 4. | Ratsherr | Fabisch, Horst | |
| 5. | Ratsherr | Hoffmeister, Christian | |
| 6. | Ratsherr | Kuban, Tilman | außer TOP 22 |
| 7. | Ratsherr | Matthiesen, Max Dr. MdL | |
| 8. | Ratsherr | Neddermeier, Karl-Heinz | |
| 9. | Ratsherr | Schroth, Gerald | |
| 10. | Ratsfrau | Senft, Monika | |

Mitglieder SPD-Fraktion

- | | | | |
|-----|----------------------------|--------------------------|----------|
| 11. | 1. stellv. Bürgermeisterin | Beckmann, Kerstin Dr. | |
| 12. | Ratsherr | Bienert, Sigurd | |
| 13. | Ratsherr | Dobelmann, Reinhard | |
| 14. | Ratsvorsitzende | Dürbaum-Betsch, Angelika | |
| 15. | Ratsfrau | Gertich, Lea Sophie | |
| 16. | Ratsherr | Gottschalk, Günter | |
| 17. | Ratsherr | Gronenberg, Bernd | ab TOP 2 |
| 18. | Ratsherr | Härdrich, Dirk Dr. | |
| 19. | Ratsfrau | Hunte-Grüne, Marlene | |
| 20. | Ratsfrau | Klein, Bettina | |
| 21. | Ratsherr | Messing, Peter | |
| 22. | Ratsherr | Schaper, Hartmut | |
| 23. | Ratsherr | Wittich, Michael | |
| 24. | Ratsherr | Wittschurky, Thomas | |

Mitglieder FDP-Fraktion

- | | | | |
|-----|----------|-------------------|---------------------------|
| 25. | Ratsherr | Klockow, Bernhard | bis einschließlich TOP 19 |
| 26. | Ratsfrau | Wölki, Kerstin | |

Mitglieder Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

- | | | | |
|-----|--------------------------|------------------|--|
| 27. | 2. stellv. Bürgermeister | Hartig, Andreas | |
| 28. | Ratsherr | Lux, Thomas | |
| 29. | Ratsherr | Marks, Frank | |
| 30. | Ratsherr | Röver, Christian | |
| 31. | Ratsfrau | Westphal, Ulrike | |

Mitglieder UWG-Fraktion

32.	Ratsherr	Neugebauer, Markus	außer TOP 21
33.	Ratsfrau	Runge, Eva	

von der Verwaltung

34.	Fachdienstleiter	Dickel, Hans-Jürgen	bis einschließlich TOP 25
35.	Verwaltungsangestellte	Filipiak, Andrea	
36.	Leiter Zentrale Dienste	Hoffmann, Reinhard	
37.	Erster Stadtrat	Lahmann, Marc	
38.	Verwaltungsangestellte	Stang, Annette	bis einschließlich TOP 25

es fehlten entschuldigt

39.	Ratsherr	Müller, Peter	
40.	Ratsherr	Riemer, Hagen	
41.	Ratsherr	Steuernagel, Marc-Oliver	
42.	Ratsherr	Totlis, Andreas	
43.	Ratsherr	Zieseniß, Roland Dr.	

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und der nichtöffentlichen Sitzung
2. Einwohnerfragestunde
3. Genehmigung des Protokolls über die 6. Sitzung/XVII. WP des Rates am 12.07.2012
4. Aktuelle Stunde
5. Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses und wichtige Angelegenheiten
6. Umbesetzungen in Ausschüssen des Rates und anderen Gremien
7. Wahl einer Bürgermeisterin/eines Bürgermeisters
XVII/0170
8. Berufung einer Gleichstellungsbeauftragten für die Stadt Barsinghausen
XVII/0150
9. Satzung über die Rechtsstellung der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Barsinghausen
XVII/0157
10. Erste Änderung der Straßenreinigungssatzung
XVII/0166
11. Straßenreinigungsgebühr für die Jahre 2010, 2011 und 2012
XVII/0174

12. Haushaltskonsolidierungskonzept 2012 - 2016 hier: Aufhebung des Beschlusses zur Einführung einer kommunalen Übernachtungs-/ Bettensteuer
XVII/0171
13. Beschluss über die Rahmenbedingungen des Gesellschaftsvertrages einer Netzgesellschaft Barsinghausen GmbH & Co. KG
hier: Bildung eines Beirats
XVII/0176
14. Neufassung der Satzung über die Benutzung des Flüchtlingswohnheims
XVII/0137
15. Ergänzendes Betreuungsangebot an Barsinghäuser Grundschulen
XVII/0119
16. Krippenausbau in Barsinghausen
XVII/0164
17. Sachstandsbericht zur Situation im Tagespflegevermittlungsbereich
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und SPD vom 31.08.2012 -
18. Sachstandsbericht zur Situation in der Jugendpflege
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und SPD vom 31.08.2012 -
19. Neustrukturierung der kommunalen Jugendarbeit in Barsinghausen
Festschreibung der Straßensozialarbeit als eigenständiges Angebot
vergl: HSK II-2.18
XVII/0141
20. Grundsätze für die Nutzung des Jugendkellers der Wilhelm-Stedler-Schule
XVII/0067
21. Bebauungsplan Nr. 186 "Alter Sportplatz", 1. Teil, OT Großgoltern
Entscheidungen über Anregungen
Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs.1 Baugesetzbuch (BauGB)
XVII/0175
22. Widmung und Entwidmung von Teilflächen des Stollenbachweges
XVII/0172
23. Annahme von freiwilligen Zuwendungen
24. Mitteilungen der Verwaltung
25. Anträge, Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Anschließend: Nichtöffentliche Sitzung:

Öffentliche Sitzung:

Frau Ratsvorsitzende Dürbaum-Betsch begrüßt die Anwesenden.

Zu Beginn der Sitzung gedenken die Ratsmitglieder und die Besucher der Ratssitzung des verstorbenen Bürgermeisters Walter Zieseniß.

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und der nichtöffentlichen Sitzung

Frau Dürbaum-Betsch eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung teilt Frau Dürbaum-Betsch mit, dass folgende Tagesordnungspunkte abgesetzt werden sollen, da jeweils noch Klärungsbedarf besteht:

- TOP 12.1
Weihnachtsbeleuchtung – Antrag DAS CENTRUM e. V.
- TOP 21, Vorlage: XVII/0177
Zustimmung zu einer außerplanmäßigen Auszahlung
- TOP 23, Vorlage: XVII/0149
Beitragsverfahren "Am Nachtfügel"

Hiergegen bestehen keine Bedenken.

Anträge zur Tagesordnung werden aus den Reihen des Rates nicht gestellt.

- Frau Dürbaum-Betsch weist auf die als Tischvorlage verteilte Auflistung der geänderten Beschlussempfehlungen hin.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 32 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 0
Beratungsergebnis: zugestimmt

Die vorstehende, gegenüber der Einladung vom 03.09.2012 geänderte Tagesordnung wird genehmigt.

2. Einwohnerfragestunde

Es wird eine Einwohnerfragestunde durchgeführt, bei der folgende Angelegenheiten besprochen werden:

- Es wird die Bekanntmachung zum Widerspruchsrecht gegen die Weitergabe von persönlichen Daten angesprochen. Es wird darum gebeten, den entsprechenden Vor- druck mit der Erklärung zum Widerspruchsrecht auf der städtischen Homepage zur Verfügung zu stellen.

Herr Lahmann sagt zu, dieses entsprechend umsetzen zu lassen.

- Es werden die Baustellen der Telekom in Barsinghausen angesprochen, deren Absperrungen über Wochen nicht kontrolliert werden. Es wird gefragt, ob Baustellen auf Feldwegen genehmigungspflichtig sind.

Herr Lahmann beantwortet diese Frage dahingehend, dass die Stadt auf städtischen Wegen verkehrssicherungspflichtig ist und dass bei Feldwegen der Realverbände der jeweilige Realverband die Verkehrssicherungspflicht hat.

- Es werden Telekommunikationsoberleitungen thematisiert, die zwar noch funktionsfähig sind, die aber durchhängen. Diesen ist anzusehen, dass absehbar ist, dass es zu Störungen kommen wird. Der fragende Bürger hat im vergangenen Jahr eine Störung gemeldet. Es ist eine Gartenbaufirma erschienen, die die Leitung mechanisch in Ordnung gebracht hat. Sie hat sich jedoch geweigert, elektrische Arbeiten vorzunehmen. Es wird gefragt, ob dieses hingenommen werden muss.

Herr Lahmann teilt mit, dass es sich um Leitungen der Telekom AG handelt. Wenn solche Störungen bekannt werden, sollten diese auch der Stadt gemeldet werden, die sie dann entsprechend an die Telekom AG weiter gibt. Einfluss auf die Geschäftspolitik der Telekom AG hat die Stadt jedoch nicht.

- Es wird der Haushaltskonsolidierungsvorschlag, der geplanten Einstellung von zwei Straßenfacharbeitern, die jährlich 50.000 Euro erwirtschaften sollen, angesprochen. Aus Sicht des fragenden Bürgers können keine 50.000 Euro erwirtschaftet werden.

Herr Lahmann führt aus, dass der Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2013, der im Oktober 2013 in den Rat eingebracht werden wird, eine entsprechende Kürzung im Budget des Tiefbaubereiches von 50.000 Euro beinhaltet.

3. Genehmigung des Protokolls über die 6. Sitzung/XVII. WP des Rates am 12.07.2012

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 33 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 0
 Beratungsergebnis: zugestimmt

Das Protokoll über die 6. Sitzung/XVII. WP des Rates am 12.07.2012 wird ohne Änderungen genehmigt.

4. Aktuelle Stunde

Es liegen keine Anträge vor.

5. Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses und wichtige Angelegenheiten

Herr Lahmann gibt folgenden Bericht:

Der Verwaltungsausschuss hat seit der letzten Ratssitzung am 14.08.2012 und am vergangenen Dienstag getagt. Neben der Vorbereitung der heutigen Ratsbeschlüsse, wurden folgende wichtige Beschlüsse gefasst:

- Der Verwaltungsausschuss hat von der Eilentscheidung, dass die IG Stadtfest e. V. beauftragt wurde, das Stadtfest 2013 auszurichten, Kenntnis genommen.
- Der Verwaltungsausschuss der Stadt Barsinghausen hat gem. § 2 (1) BauGB die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes und die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 204 „Gewerbeflächen an der BAB A2 – Groß Munzel“ beschlossen. Die Verwaltung wurde beauftragt, die Verfahren auf der Grundlage des Baugesetzbuches einzuleiten.
- Der Verwaltungsausschuss hat die Gewährung eines Zuschusses an den Sozialverband - Ortsverband Egestorf, Kirchdorf, Langreder – für eine zu zahlende Nutzungsentschädigung für die Räume des Seniorentreffs Ellernstr. 16 vor dem Hintergrund des Haushaltskonsolidierungskonzeptes abgelehnt.

6. Umbesetzungen in Ausschüssen des Rates und anderen Gremien

Frau Dürbaum-Betsch führt aus, dass der Rat mit Beschluss der Geschäftsordnung dem Integrationsbeirat das Recht eingeräumt hat, je ein beratendes Mitglied für den Ausschuss für Soziales, Jugend, Sport und Kultur und für den Ausschuss für Ordnung und Feuerwehr zu benennen.

Der Integrationsbeirat hat vorgeschlagen Frau Rona Popal anstelle von Frau Rouba Ghazzaoui in den Ausschuss für Soziales, Jugend, Sport und Kultur und Herrn Hichem Meijri in den Ausschuss für Ordnung und Feuerwehr zu berufen.

Hiergegen bestehen seitens des Rates keine Bedenken.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 33

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

- 1.) Frau Rona Popal wird anstelle von Frau Rouba Ghazzaoui als Vertreterin des Integrationsbeirates als beratendes Mitglied in den Ausschuss für Soziales, Jugend, Sport und Kultur und
- 2.) Herr Hichem Meijri wird als Vertreter des Integrationsbeirates als beratendes Mitglied in den Ausschuss für Ordnung und Feuerwehr berufen.

7. Wahl einer Bürgermeisterin/eines Bürgermeisters Vorlage: XVII/0170

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 33 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 0
Beratungsergebnis: zugestimmt

Die Wahl der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters findet am Tag der Landtagswahl, am Sonntag, dem 20. Januar 2013, statt.

**8. Berufung einer Gleichstellungsbeauftragten für die Stadt Barsinghausen
Vorlage: XVII/0150**

Frau Westphal führt in die Angelegenheit ein.

Nach der erfolgten Abstimmung gratulieren Frau Dürbaum-Betsch und Herr Lahmann Frau Brandts und überreichen ihr ein Berufungsschreiben und Blumen.

Frau Brandts bedankt sich und wünscht sich und den Ratsmitgliedern eine gute und konstruktive Zusammenarbeit.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 33 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 0
Beratungsergebnis: zugestimmt mit geänderter Beschlussempfehlung

Frau Susanne Brandts wird zur Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Barsinghausen mit Wirkung vom 21. September 2012 berufen.

**9. Satzung über die Rechtsstellung der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt
Barsinghausen
Vorlage: XVII/0157**

Frau Westphal führt in die Beschlussvorlage ein.

Herr Wittich möchte wissen, ob die vorgesehenen 3,9 Wochenstunden für die Tätigkeit der Gleichstellungsbeauftragten ausreichend sind und ob dieses mit dem Personalrat abgestimmt ist.

Herr Hoffmann teilt mit, dass die Festsetzung der Wochenstunden aus den Beschlüssen zum Haushaltssicherungskonzept resultiert. Die Angelegenheit unterliegt nicht der Mitbestimmung des Personalrates.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 33 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 0
Beratungsergebnis: zugestimmt mit geänderter Beschlussempfehlung

Der Rat beschließt die als Anlage dieser Vorlage beigefügte Satzung über die Rechtstellung der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Barsinghausen.

**10. Erste Änderung der Straßenreinigungssatzung
Vorlage: XVII/0166**

Herr Bienert führt in die Inhalte ein.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 33 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 0
Beratungsergebnis: zugestimmt

Der Rat beschließt die Erste Änderung des Straßenverzeichnisses als Anlage zu § 2 Nr. 2 der Straßenreinigungssatzung vom 21.12.2011.

**11. Straßenreinigungsgebühr für die Jahre 2010, 2011 und 2012
Vorlage: XVII/0174**

Herr Bienert führt in die Angelegenheit ein.

Herr Schroth führt aus, dass die CDU-Fraktion der Beschlussempfehlung nicht zustimmen wird. Die Bürgerinnen und Bürger werden durch die Maßnahmen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes in Gänze bereits in hohem Maße belastet. Der beschlossene Winterdienst ist undifferenziert und belastet die Bevölkerung in einem Maß, welches nicht sein muss.

Herr Klockow schließt sich für die FDP-Fraktion den Ausführungen von Herrn Schroth an. Auch seine Fraktion wird der Vorlage nicht zustimmen.

Herr Bienert sagt, dass die Gebühren, für Leistungen, die die Stadt erbringt, erhoben werden. Die Bürgerinnen und Bürger haben sich zudem eindeutig für den Winterdienst und die damit verbundenen Straßenreinigungsgebühren ausgesprochen.

Herr Dobelmann führt aus, dass die hohe Belastung daher resultiert, dass die vorher beschlossene Straßenreinigungssatzung fehlerhaft war und dass die Verwaltung mit der Gebührenkalkulation im Verzug war. Die Gebührenfestsetzung erfolgt daher nunmehr für mehrere Jahre.

Herr Schroth merkt an, dass dieses nicht der Ansatz ist, nicht zuzustimmen. Seiner Fraktion geht es vielmehr darum, dass sie einem flächendeckenden Winterdienst nicht zustimmt.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 21 Nein-Stimmen: 12 Stimmenthaltungen: 0
Beratungsergebnis: zugestimmt

1. Der Rat nimmt die Gebührenkalkulation für die Straßenreinigungsgebühren für die Jahre 2010, 2011 und 2012 zur Kenntnis.
2. Die Gebührensatzungen für die Jahre 2010, 2011 und 2012 werden beschlossen.
Die Gebührensätze betragen:
Im Jahr 2010 für die Straßenreinigung in der Reinigungsklasse I 1,49 €/m, in der Reinigungsklasse II 7,45 €/m und für den Winterdienst 0,34 €/m.
In den Jahren 2011 und 2012 für die Straßenreinigung in der Reinigungsklasse I 1,66 €/m, in der Reinigungsklasse II 8,31 €/m und für den Winterdienst 0,34 €/m.

**12. Haushaltskonsolidierungskonzept 2012 - 2016 hier: Aufhebung des Beschlusses zur Einführung einer kommunalen Übernachtungs-/ Bettensteuer
Vorlage: XVII/0171**

Frau Westphal führt in die Angelegenheit ein.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 31 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 2
Beratungsergebnis: zugestimmt

Der im Haushaltsicherungskonzept 2012 bis 2016 unter der lfd. Nr. 205 gefasste Beschluss „Einführung einer kommunalen Übernachtungs-/Bettensteuer“ wird aufgehoben.

**13. Beschluss über die Rahmenbedingungen des Gesellschaftsvertrages einer Netzgesellschaft Barsinghausen GmbH & Co. KG
hier: Bildung eines Beirats
Vorlage: XVII/0176**

Herr Dobelmann führt in die Inhalte der Beschlussvorlage ein.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 33 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 0
Beratungsergebnis: zugestimmt

Die Verwaltung wird beauftragt, in dem Beteiligungswettbewerb im Zusammenhang mit dem Gasnetz Barsinghausen in den Verhandlungen mit den Bietern darauf hinzuwirken, dass als begleitendes Gremium einer etwaigen Netzgesellschaft Barsinghausen GmbH & Co. KG ein Beirat eingerichtet wird, der im Wesentlichen dem Informationsaustausch zwischen den Beteiligungspartnern sowie dem Rat der Stadt Barsinghausen dient.

14. Neufassung der Satzung über die Benutzung des Flüchtlingswohnheims
Vorlage: XVII/0137

Frau Gertich führt zu diesem Tagesordnungspunkt ein.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 33 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 0
Beratungsergebnis: zugestimmt

Der Rat der Stadt Barsinghausen stimmt der Neufassung der Satzung über die Benutzung des Flüchtlingswohnheims, Ohweg 23, in Barsinghausen, zu.

15. Ergänzendes Betreuungsangebot an Barsinghäuser Grundschulen
Vorlage: XVII/0119

Herr Hoffmeister führt in die Angelegenheit ein und bittet darum, dem gestellten Änderungsantrag der CDU-Fraktion zuzustimmen.

Herr Messing merkt an, dass die SPD-Fraktion dem Änderungsantrag nicht zustimmen wird. Sie wird, wie bereits in den Sitzungen des Schulausschuss am 14.05.2012 und des Rates am 24.05.2012 erfolgt, der Beschlussempfehlung der Verwaltung folgen.

Herr Schroth sagt, dass konstruktive Vorschläge seiner Fraktion mit allen Mitteln bekämpft werden. Die rot-grüne Mehrheit scheut nicht davor zurück, die Rechte der Opposition einzuschränken. Es musste zunächst die Kommunalaufsicht eingeschaltet werden. Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion hätte bereits in den Sitzungen des Rates am 24.05.2012 und am 12.07.2012 zur Abstimmung kommen müssen.

Herr Schroth führt aus, dass die Ratsvorsitzende, Frau Dürbaum-Betsch, die Rechte der CDU-Fraktion in beiden Sitzungen missachtet hat, welches ausdrücklich zu rügen ist. Er bittet darum, in den Sitzungen wieder zu einem fairen Umgang miteinander zurück zu kommen.

Herr Klockow merkt an, dass es in Barsinghausen relativ wenige Hortplätze gibt. Seine Fraktion hält es für zweckmäßig, dass Betreuungsangebot auszuweiten, um Eltern die Möglichkeit zu geben, berufstätig zu sein.

Frau Dürbaum-Betsch übergibt den Ratsvorsitz an Herrn Röver, da sie zu den Ausführungen von Herrn Schroth Stellung nehmen möchte.

Frau Dürbaum-Betsch führt aus, dass sie eine andere Rechtsauffassung hatte, die überprüft worden ist. Nunmehr wird wie von der Kommunalaufsicht vorgeschlagen verfahren. Sie verwehrt sich ernsthaft gegen den Vorwurf, Rechtsbeugung begangen zu haben.

Herr Röver übergibt den Ratsvorsitz wieder an Frau Dürbaum-Betsch.

Herr Lahmann ergänzt, dass die Verwaltung Frau Dürbaum-Betsch in der Ratssitzung am 24.05.2012 dahingehend falsch beraten hat, dass der Änderungsantrag der CDU-Fraktion nicht abgestimmt werden braucht. Aufgrund eines entsprechenden Antrages hat die Verwal-

tung das Wortprotokoll rechtlich geprüft. Sie ist zu der Auffassung gekommen, dass der Änderungsantrag hätte abgestimmt werden müssen und hat daher die Angelegenheit in die Tagesordnung der Sitzung des Rates am 12.07.2012 aufgenommen. In der Sitzung hat die Mehrheit des Rates und nicht Frau Dürbaum-Betsch den Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung abgesetzt.

Herr Hartig sagt zu den Ausführungen von Herrn Schroth, dass die Kommunalaufsicht zu der Auffassung gekommen ist, dass der Änderungsantrag der CDU-Fraktion in der Sitzung des Rates hätte behandelt werden können und nicht müssen.

Frau Dürbaum-Betsch stellt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Abstimmung.

Beratungsergebnis: abgelehnt
mit 14 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

Beschlussdarstellung:

Die Stadt Barsinghausen führt in den Barsinghäuser Grundschulen und für die Schülerinnen und Schüler im Primarbereich der Bert-Brecht-Schule eine kostenpflichtige Randzeitenbetreuung durch, wenn die Arbeitgeber-Bruttolohnkosten mind. zu 50% durch die Elternbeiträge gedeckt sind und sich mind. 8 Kinder verbindlich für die gleiche Betreuungszeit anmelden. Die Randzeitenbetreuung umfasst die Zeiträume ab 7.00 Uhr bis zum jeweiligen Schulbeginn und ab Ende der jeweiligen Ganztagszeit bis 17.00 Uhr.

Herr Messing stellt den Antrag, über die Beschlussempfehlung der Beschlussvorlage XVII/0119 abzustimmen.

Frau Dürbaum-Betsch stellt diese zur Abstimmung.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 27 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 6
Beratungsergebnis: zugestimmt

Die Stadt Barsinghausen führt in den Barsinghäuser Grundschulen und für die Schülerinnen und Schüler im Primarbereich der Bert-Brecht-Schule eine kostenpflichtige Randzeitenbetreuung durch, wenn die Arbeitgeber-Bruttolohnkosten durch die Elternbeiträge gedeckt sind.

Die Randzeitenbetreuung umfasst die Zeiträume ab 7.00 Uhr bis zum jeweiligen Schulbeginn und ab Ende der jeweiligen Ganztagszeit bis 17:00 Uhr.

16. Krippenausbau in Barsinghausen
Vorlage: XVII/0164

Herr Dr. Matthiesen führt in die Inhalte der Beschlussvorlage ein. Er weist dabei auf die beschlossene geänderte Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Jugend, Sport und Kultur hin und bittet, dieser zuzustimmen.

Herr Messing merkt an, dass die SPD-Fraktion bereits in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend, Sport und Kultur deutlich gemacht hat, dass sie langfristig die Schule in Großgoltern mit einer Krippe und einem Kindergarten verbinden möchte. Die Krippenplätze in Stemmen sollen aufgrund der derzeitigen Haushaltslage nur kurzfristig für eine Übergangsphase geschaffen werden. Daher sollte das Gebäude auch nur gemietet und nicht gekauft werden.

Frau Klein sagt, dass sie der Beschlussempfehlung nicht zustimmen kann. Sie ist ausdrücklich für einen Ausbau des Kindergartens Regenbogen. Sie lehnt aber für die Umsetzung in Stemmen die Beantragung von Fördermitteln ab, da man sich bei Bewilligung 25 Jahre binden würde. Dieses setzt jedoch einen Kauf des Gebäudes voraus. Nach ihrer Auffassung würden bei einer Mietvariante keine Fördermittel bewilligt.

Frau Klein führt weiter aus, dass sie einen späteren Ausbau in Großgoltern begrüßt. Dazu müssten jedoch zunächst alle Finanzierungsmöglichkeiten genau geprüft werden. Auch müsste geprüft werden, welche Ausbaumöglichkeiten der Albert-Schweitzer-Schule hinsichtlich der Inklusion bestehen. Dazu reichen die in der Vorlage gemachten Angaben nicht aus, so Frau Klein.

Herr Neugebauer möchte wissen, ob geklärt worden ist, ob das Gebäude tatsächlich verkauft oder ob es nur gemietet werden kann.

Herr Hoffmann führt dazu aus, dass die Verhandlungen mit dem Kirchenkreis laufen. Die Verwaltung wurde beauftragt, die Kosten für beide Varianten zu ermitteln. Die entsprechenden Gespräche mit dem Kirchenkreis führt Herr Hoffmann derzeit. Dieser hat eine Kostenschätzung beauftragt. Das Gutachten liegt vor, aber der Kirchenvorstand berät noch. Die Verwaltung hat ebenfalls einen Architekten beauftragt, das Gebäude in Augenschein zu nehmen, um die Kosten zu ermitteln. Hierbei werden auch die Kosten für eine energetische Sanierung berücksichtigt.

Frau Dr. Beckmann schließt sich hinsichtlich der Abstimmung den Ausführungen von Frau Klein an. Sie merkt an, dass sie bereits in der letzten Sitzung des Rates ausgeführt hat, dass konsequent die Variante eines Ausbaus der Schule in Großgoltern zur Zusammenlegung von Schule, Kindergarten und Krippe weiter verfolgt werden sollte. Eine entsprechende Prüfung hat ergeben, dass das Nachbargrundstück hierfür zur Verfügung stehen würde.

Frau Dr. Beckmann ist davon überzeugt, dass unmittelbar nach Fertigstellung des Anbaus an den Kindergarten Regenbogen die Planungen und Baumaßnahmen, die der Schule in Großgoltern zu Gute kommen, begonnen werden können. Frau Dr. Beckmann erinnert in diesem Zusammenhang an das Thema Haushaltskonsolidierungskonzept. Herr Ottens hat ausdrücklich empfohlen, in die Infrastruktur zu investieren, damit diese sicher wird.

Frau Dr. Beckmann führt weiter aus, dass man es aus ihrer Sicht auch so familienfreundlich wie möglich machen sollte. In der Drucksache wird auch aufgeführt, dass es durch die Zusammenlegung von Krippe und Kindergarten für die Eltern mit mehreren Kindern günstiger ist, wenn sie ihre Kinder an nur einem Standort unterbringen können.

Frau Westphal merkt an, dass man sich bereits intensiv mit dem Grundstück und auch dem Grundstückspreis, welcher überzogen hoch ist, befasst hat. Es wird jetzt eine Lösung gebraucht und diese ist in Stemmen möglich. Das Gebäude in Stemmen muss nicht zwangsläufig gekauft werden. Die RIK-Mittel könnten auch bei einer Anmietung in kleinerem Volumen beantragt und bewilligt werden. Frau Westphal dankt der Verwaltung für die sorgfältige und zügige Arbeit, damit es möglich war, die Mittel rechtzeitig zu beantragen.

Herr Kuban führt aus, dass er der Zusammenführung von Schule, Kindergarten und Krippe an einem Standort, wie z. B. in Kirchdorf bereits umgesetzt, grundsätzlich zustimmt. Er stimmt aber auch heute der Vorlage zu. Er ist der Auffassung, dass, bevor die Dörfer leer ausgehen, Stemmen umgesetzt werden sollte.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 30 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 3
Beratungsergebnis: zugestimmt mit geänderter Beschlussempfehlung

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. Fördermittel für 30 Krippenplätze im Kindergarten Regenbogen für einen Anbau zu beantragen (nach RIK).
2. Fördermittel für die Neuschaffung von 15 Krippenplätzen in Stemmen zu beantragen (nach RIK).
3. Planungen für 30 Krippenplätze im Kindergarten Regenbogen voranzutreiben.
4. Planungen für 15 Krippenplätze im Kindergarten Stemmen voranzutreiben.
5. Die Förderung weiterer Krippenplätze bei der Petruskrippe, Baschelino und beim Sportheim Kirchdorf weiter zu prüfen

**17. Sachstandsbericht zur Situation im Tagespflegevermittlungsbereich
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und SPD vom 31.08.2012 -**

Herr Lahmann gibt folgenden Sachstandsbericht:

Die zuständige Sachbearbeiterin in dem Bereich, Frau Stefanie Hoffmann, hat die Verwaltung leider verlassen. Aufgrund der Anzeige von Überlastungen und des Anstieges von Fallzahlen wurde bereits vor ihrem Weggang in den Bereichen der Betreuung der Tagesmütter und der Vermittlung von Tagespflegeplätzen eine Organisationsuntersuchung durchgeführt. Diese hat ergeben, dass personell nachgesteuert werden muss. Die Verwaltung hat daher eine Aufteilung der Aufgaben in den Verwaltungsbereich und den fachlichen Bereich vorgenommen. Der fachliche Bereich ist mit 30 Stunden ausgeschrieben worden. Vorher gab es 31,5 Stunden. Es konnte eine Erzieherin, die bereits für die Stadt Barsinghausen im Kindergarten Regenbogen tätig war und die anschließend eine Kindertagesstätte in Hannover geleitet hat, für die Stelle gewonnen werden. Sie wird zum 15.10.2012 ihren Dienst antreten.

Darüber hinaus wurde eine Sachbearbeiterin, die dem Fachdienst Jugend und Kinderbetreuungseinrichtungen bisher mit einer halben Stelle zugewiesen war, mit einer Ganztagsstelle dort eingesetzt. Dieses ergibt ein zusätzliches Stundenvolumen von 19 Stunden.

In der Übergangszeit bis zum 15.10.2012 hat sich Frau Hoffmann zur Verfügung gestellt, die Stadt weiterhin mit drei Wochenstunden zu unterstützen und auch die neue Kollegin einzuarbeiten.

**18. Sachstandsbericht zur Situation in der Jugendpflege
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und SPD vom 31.08.2012 -**

Herr Dickel gibt folgenden Sachstandsbericht:

Die Verwaltung hat zwei Probleme. Zum einen besteht eine kleine Finanzierungslücke im Bereich der Einrichtungen der Jugendarbeit. Im Konsolidierungsvorschlag wurde aufgezeigt, dass in jeder Einrichtung 49 Stunden Arbeit geleistet werden sollten und dass dieses auskömmlich ist. Dieses ist im Schnitt etwas weniger, als vorher geleistet worden ist. Allerdings kann das Konsolidierungsziel in Höhe von 55.000 Euro nicht erreicht werden. Die Verwaltung ist derzeit bemüht, Vorschläge für eine Deckung der Finanzierungslücke zu erarbeiten.

Das zweite Problem besteht darin, dass sowohl Herr Thomas Reuter als auch Frau Ann-Kathrin Fischer, die beide auf Klein Basche gearbeitet haben, gekündigt haben. Um beiden die Möglichkeit einer beruflichen Weiterentwicklung zu geben, wurde Auflösungsverträgen zugestimmt. Daher gibt es derzeit Engpässe in der pädagogischen Arbeit. Dieses soll damit aufgefangen werden, dass der Straßensozialarbeiterin, die derzeit mit 30 Stunden beschäftigt ist, angeboten wird, zehn Stunden mehr zu arbeiten. Zum 01.11.2012 wird weiterhin eine ausgeschriebene Stelle mit 28 Wochenstunden wieder besetzt. Auch durch den Einsatz studentischer Hilfskräfte und pädagogischer Fachkräfte von Noa Noa soll versucht werden, dass Angebot aufrecht zu erhalten. Eine der ausgeschriebenen Stellen muss erneut ausgeschrieben werden, da die ausgewählte Bewerberin zwischenzeitlich abgesagt hat.

Herr Bienert möchte gerne einen festen Zeitpunkt wissen, wann Klein Basche wieder geöffnet wird. Die Straßensozialarbeiter haben derzeit keinerlei Möglichkeit, an feste Ansprechpartner und Einrichtungen zu vermitteln. Es ist Herrn Bienert wichtig, die Betreuung kurzfristig wieder sicher zu stellen.

Herr Dickel merkt an, dass er davon ausgeht, dass in spätestens 14 Tagen so viel Personal vorhanden sein wird, dass man wieder arbeitsfähig ist. Allerdings werden nicht die kompletten Öffnungszeiten abgedeckt werden können. Ein Notprogramm wird in jedem Fall angeboten werden. Es ist auch im Interesse der Verwaltung, der neuen Kollegin einen guten Start zu ermöglichen. Daher wird die Verwaltung versuchen, die Kinder, die die Einrichtung besuchen, dort zu halten.

Frau Dr. Beckmann fragt Herrn Dickel, ob er, obwohl er um die personelle Situation wusste, einem Auflösungsvertrag zugestimmt hat. Sie bittet darum, dass in solchen Situationen der Rat oder zumindest der Verwaltungsausschuss einbezogen wird, damit in der Zukunft solche zusätzlichen Vakanzen vermieden werden.

Herr Dickel zeigt auf, dass es für den Kollegen eine sehr große Chance war, sich weiterzuentwickeln. Aufgrund seiner jahrelangen guten geleisteten Arbeit wäre es unbillig gewesen, ihn zu halten. Die Suche nach qualifiziertem Personal hat nach dem Weggang von Frau Fischer länger gedauert als erwartet.

Herr Hartig fragt, ob bei der Stelle der Straßensozialarbeiterin mit der Verlängerung und der Erhöhung um 10 Wochenstunden, die Abwanderung in dem Bereich gestoppt ist.

Herr Dickel führt aus, dass die erfahrene Kollegin in Barsinghausen in sehr kurzer Zeit hohe Bekanntheit genießt. Es wird versucht, sie in dem Bereich einzusetzen, in dem es brennt. Frau Schlösser ist kurzfristig und sehr schnell in der Lage, sich entsprechend einzuarbeiten.

Herr Lahmann ergänzt, dass es sicherlich so sein wird, dass eine junge Kollegin, die eine Vollzeitstelle hat, nicht so schnell abwandert, als wenn sie nur 30 Stunden hätte. Weil die

Verwaltung sehr zufrieden mit Frau Schlösser ist, hat sie sich dazu entschieden, die Stunden aufzustocken und Frau Schlösser 9 Stunden in den Einrichtungen einzusetzen.

Herr Neugebauer sagt zu den Ausführungen von Frau Dr. Beckmann, dass ein Kollege mit Abwanderungswünschen schwer zu halten ist. Im Zweifel würde dieser krank oder der gleichen. Der Verwaltung sollte daher kein Vorwurf gemacht werden, dem Auflösungsvertrag zugestimmt zu haben.

**19. Neustrukturierung der kommunalen Jugendarbeit in Barsinghausen
Festschreibung der Straßensozialarbeit als eigenständiges Angebot
vergl: HSK II-2.18
Vorlage: XVII/0141**

Frau Gertich führt in die Angelegenheit ein.

Frau Becker merkt an, dass sich die Einführung des Streetworkers in der letzten Legislaturperiode sehr bewährt hat. Die CDU-Fraktion würde es begrüßen, das eigenständige Angebot für den erzieherischen Kinder- und Jugendschutz in der kommunalen Jugendarbeit festzuschreiben.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 32

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

Die Straßensozialarbeit wird gemäß des HSK Beschlusses II-2.18 als eigenständiges Aufgabengebiet der kommunalen Jugendarbeit festgeschrieben.

**20. Grundsätze für die Nutzung des Jugendkellers der Wilhelm-Stedler-Schule
Vorlage: XVII/0067**

Herr Lahmann teilt mit, dass die vorgelegte Sitzungsvorlage eine Darstellung des aktuellen Sachstandes beinhaltet. In der Sitzung des Verwaltungsausschusses am vergangenen Dienstag wurde die Angelegenheit ebenfalls beraten und die Verwaltung hat zugesagt, die Verhandlungen mit den Jugendlichen nunmehr fortzuführen.

Herr Schroth führt aus, dass die CDU-Fraktion der Vorlage nicht zustimmen wird. Die Motivation zum Erhalt des Jugendkellers wird immer wieder mit dem Kampf gegen rechte Gewalt in Barsinghausen argumentiert. Der Kampf gegen Rechts ist in ganz Deutschland angesagt und ungemein wichtig. Aber die Gewalt sollte nicht mit Gegengewalt beantwortet werden. Herr Schroth sagt weiter, dass in Barsinghausen jedoch festzustellen ist, dass Vertreter der Rechten und der Linken immer wieder auch mit körperlicher Gewalt gegeneinander vorgehen und aufeinander treffen. Auch kommen aus den Bereichen vermehrt Beleidigungen gegen die Staatsgewalt. Dieses ist nicht hinnehmbar und sollte nicht noch durch Steuergelder sanktioniert werden, indem der Jugendkeller saniert wird.

Frau Dürbaum-Betsch weist darauf hin, dass die Verwaltungsvorlage keine Beschlussfassung vorsieht.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 32

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: Kenntnis genommen

**21. Bebauungsplan Nr. 186 "Alter Sportplatz", 1. Teil, OT Großgoltern
Entscheidungen über Anregungen
Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs.1 Baugesetzbuch (BauGB)
Vorlage: XVII/0175**

Herr Schroth führt in die Inhalte der Beschlussvorlage ein.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 31

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

1. Der Rat der Stadt Barsinghausen entscheidet über die in der öffentlichen Auslegung § 3 Abs. 2 BauGB, sowie in der Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Anregungen zum Bebauungsplan Nr. 186 „Alter Sportplatz“, OT Großgoltern entsprechend der in der Anlage 1 dargelegten Abwägung.
2. Der Rat der Stadt Barsinghausen beschließt den Bebauungsplan Nr. 186 „Alter Sportplatz“, OT Großgoltern, bestehend aus Planzeichnung und der Begründung (Anlage 3), gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung. Die Grenze des räumlichen Geltungsbereichs ist in der Anlage 2 dargestellt.

Mit Inkrafttreten des Bebauungsplanes Nr. 186 „Alter Sportplatz“, OT Großgoltern treten die für diesen Bereich geltenden Festsetzungen des Bebauungsplan Nr. 2, OT Großgoltern, außer Kraft.

**22. Widmung und Entwidmung von Teilflächen des Stollenbachweges
Vorlage: XVII/0172**

Herr Schroth führt in die Angelegenheit ein.

Herr Wittich stellt folgende Fragen:

1. Wer ist Eigentümer des Flurstücks 470/1, auf dem der Gehweg gebaut werden soll?
2. Wer ist Eigentümer der Flurstücke 480 und 473/1? Dabei handelt es sich um den alten Stollenbachweg.
3. Handelt es sich bei den zu errichtenden Stellplätzen um nachzuweisende Stellplätze nach der Baugenehmigung?
4. Ist die Vereinbarung in Anlage 2 zur Vorlage von einem Fachausschuss oder vom Rat beschlossen worden?
5. Ist über eine Nutzungsentschädigung nachgedacht worden, da die Flächen unterschiedlich groß sind?

Herr Lahmann führt aus, dass das Grundstück zu Frage 1 der Kreissiedlungsgesellschaft gehört. Er geht davon aus, dass die anderen Flurstücke des Stollenbachweges der Stadt gehören. Auf den Flächen sollen tatsächlich Stellplätze erreicht werden. Herr Lahmann sagt weiter, dass sich die Stadt die Wegeverbindung auf dem Grundstück der Kreissiedlungsgesellschaft sichern lassen hat.

Protokollnotiz:

Zu 1.: Eigentümerin ist die Kreissiedlungsgesellschaft Hannover mbH

Zu 2.: Eigentümerin ist die Stadt Barsinghausen

Zu 3.: Auf der Wegeparzelle sind keine Stellplätze geplant, sie dient zur Erschließung der Stellplatzebene.

Zu 4.: Nein, eine Beschlussfassung ist nicht erfolgt.

Zu 5.: Nein, siehe Anlage 2 zur Vorlage.

Zur Sache führt Herr Lahmann aus, dass er als Erster Stadtrat sehr froh ist, mit der Kreissiedlungsgesellschaft jemanden gefunden zu haben, der diese Fläche bebaut. Sie ist vom Zuschnitt schwierig zu bebauen. Es ist aber aus städtebaulicher Sicht sehr wichtig, sie zu bebauen, da sie vom Bahnhof kommend den Eingang zu Barsinghausen darstellt. Mit der Bebauung erfolgt eine Aufwertung, so Herr Lahmann. Nach Aussage der Kreissiedlungsgesellschaft, an der die Stadt Barsinghausen im Übrigen auch beteiligt ist, wäre eine Bebauung ohne den Stollenbachweg jedoch nicht möglich.

Herr Wittich fragt, warum die Stellplätze nicht auf dem Baugrundstück nachgewiesen worden sind.

Herr Lahmann führt aus, dass die Kreissiedlungsgesellschaft auf dem Grundstück kein vernünftig nutzbares Gebäude mehr hätte bauen können, wenn die Stellplätze auf dem Baugrundstück ausgewiesen worden wären.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 30

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 1

Beratungsergebnis: zugestimmt mit geänderter Beschlussempfehlung

1. Gemäß § 6 des Niedersächsischen Straßengesetzes (NStG) in der derzeit geltenden Fassung wird der Gehweg auf dem Grundstück Barsinghausen, Flur 3, Flurstück 470/1, mit dem auf die Veröffentlichung folgenden Tag gewidmet. Träger der Straßenbaulast ist die Stadt Barsinghausen. Der Gehweg ist in der Anlage 1 zur Drucksache dargestellt.
2. Gemäß § 8 des Niedersächsischen Straßengesetzes (NStG) in der derzeit geltenden Fassung werden Teilflächen des Stollenbachweges, Gemarkung Barsinghausen, Flur 3, Flurstücke 480 (teilweise) und 473/1 (teilweise), eingezogen und drei Monate nach der Veröffentlichung der Einziehung entwidmet. Die zu entwidmenden Flächen sind in der Anlage 1 zur Drucksache schraffiert dargestellt. Die Anlage 1 der Beschlussvorlage ist Bestandteil des Beschlusses. Die Trägerschaft der Straßenbaulast endet mit der Entwidmung.

23. Annahme von freiwilligen Zuwendungen

Es liegen keine freiwilligen Zuwendungen für den öffentlichen Teil vor.

24. Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

25. Anträge, Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Anschließend: Nichtöffentliche Sitzung:

Frau Dürbaum-Betsch schließt die Sitzung um 19.47 Uhr.

Dürbaum-Betsch
Ratsvorsitzende

Röver
stv. Ratsvorsitzender
Vorsitz bei TOP 15

Lahmann
Erster Stadtrat

Filipiak
Protokollführerin